

Wien. Teure Energie, Trumps Zölle, Preisdumping aus Peking und die Abhängigkeit bei kritischen Rohstoffen. Um wieder Anschluss an China und die USA zu finden, sind die EU-Staaten gewillt, selbst stärker in den Markt einzugreifen als bisher. Kann das Comeback der Industriepolitik trotz aller damit verbundenen Probleme funktionieren? Warum Europa viel von China lernen kann und wo die Gefahren lauern, verrät Ökonomin Réka Juhász.

Die Presse: Europa stagniert. Österreich steckte bis vor Kurzem in der Rezession fest. Ist das auch Folge einer mangelnden Industriepolitik auf dem Kontinent?

Réka Juhász: Europa steht vor vielen unterschiedlichen Herausforderungen: Die Demografie ist problematisch, die Bedrohung durch Russland ebenso, die Produktivität stagniert, und dann gibt es noch die Handelszölle von Donald Trump. Auch Industriepolitik ist kein Allheilmittel gegen all diese Probleme, aber sie kann helfen. Wenn man sich erfolgreiche Beispiele ansieht, dann beginnen sie immer mit einer Vision. Wir im Westen aber hatten seit vielen Jahren keine übergeordnete Vision mehr. Erst jetzt, im Moment der Krise, beginnen wir nachzudenken, wo wir in 30 Jahren sein wollen.

Die letzte Vision, an die ich mich erinnere, war die CO₂-Neutralität des Kontinents. Im Moment schwingt das Pendel wieder stark in die Gegenrichtung aus. War es einfach die falsche Idee?

Nein, ich glaube nicht, dass der Fokus falsch war. Wir sind nicht mehr im Jahr 2015, es ist klar, dass grüne Technologien ein wichtiger Teil des 21. Jahrhunderts sein werden. Wenn Europa in 30 Jahren noch eine Autoindustrie haben will, dann muss sie elektrisch sein. Das Problem ist vielmehr, dass sich die politischen Ambitionen der vergangenen Jahre nicht in wirkungsvolle Maßnahmen übersetzt haben.

Die USA und vor allem China zeigen in der Umsetzung ihrer industriellen Vision mehr Umsetzungskraft. Kommt Europa mit seinem Wunsch, die eigene Industrie zu stärken, zu spät?

Es stimmt, dass es für Europa eine gewisse Dringlichkeit gibt, aber die Lage ist nicht hoffnungslos. Es gibt viel Potenzial, gerade im Bereich grüner Technologien. Dass sich nun auf EU-Ebene etwas bewegt, ist zu begrüßen, denn

die meisten EU-Länder - etwa Österreich - sind zu klein, um sinnvolle Industriepolitik zu machen. Der Kontinent braucht einen realistischen und ambitionierten Plan und muss sich dafür auch Partner suchen. Allein wird es selbst Europa nicht schaffen.

Viele positive Beispiele für staatliche Interventionen in Europa fallen mir nicht ein. Die deutsche Solarförderung hat letztlich nur den Chinesen genutzt. Die Milliarden für Northvolt brachten auch keinen Erfolg. Kann man solche Fehlschläge vermeiden?

Es ist klar, dass es eine gewisse fiskalische Unterstützung für die Branchen braucht, bei denen Europa die Möglichkeit hat, konkurrenzfähig zu werden, weil die technologische Lücke so groß geworden ist. Aber wir sollten nicht nur Förderungen verteilen, sondern diese auch an Forderungen knüpfen. Europa macht das gar nicht schlecht, und Northvolt ist ein gutes Beispiel: Da sind viele der zugesagten Mittel nie geflossen, weil das Unternehmen die vereinbarten Etappenziele nicht erreicht hat. Da haben wir also nicht viel Steuergeld versenkt.

Für die Solarförderung zahlen die Deutschen noch immer.

Aber auch die hat positive Effekte gehabt. Sie hat die industrielle Produktion von PV-Paneelen in China erst möglich gemacht. Natürlich war es das Geld der deutschen Steuerzahler, und mir ist klar, dass das den Wählern schwer zu vermitteln ist. Auf der anderen Seite haben die Konsumenten heute deshalb günstige und gute Solarmodule. Unterm Strich sind Subventionen nur ein kleiner Teil der Industriepolitik. Wenn man eine wachsende Industrie aufbauen will, reicht es nicht, einfach Geld in ein oder zwei Unternehmen zu stecken. Wir müssen auch überlegen, wie wir die technologischen Kenntnisse aufbauen, um China wieder zu überholen.

Gab es in der Geschichte vergleichbare Situationen, aus denen Europa lernen könnte?

Im Japan der Meiji-Zeit, im späten 19. Jahrhundert, hat die politische Elite erkannt: Wenn wir nicht aufholen, dann droht uns die Kolonisierung. Ihre Antwort lautete: Wir müssen besser werden als der Westen. Und das war dann der Startpunkt für ein umfassendes Industrieprogramm - mit Bildung, Infrastruktur, Forschung, Vision. Und ja, sie haben auch Dinge versucht, die nicht funktioniert haben. Aber waren einig, alles zu tun, was nötig ist, um dieses Ziel zu erreichen, und hatten damit Erfolg.

Warum soll der Staat besser wissen als der Markt, welche Unternehmen und Branchen letztlich erfolgreich sein

Interview. Europa sollte sich das Japan des 19. Jahrhunderts als Vorbild nehmen, um wirtschaftlich fit für die Zukunft zu werden, so die Ökonomin Réka Juhász.

„Wir im Westen hatten seit Jahren keine Vision mehr“



„Nicht die Politik wählt den Sieger in China, sondern der Markt“, sagt Ökonomin Réka Juhász. Katharina F.-Roßboth

sollen? Ist es notwendig, die Gewinner vorab auszusuchen?

Industriepolitik bedeutet zwangsläufig Priorisierung. Aber ich fürchte, dass unsere Erwartungen in der Vergangenheit zu hoch waren. Industriepolitik ist ein riskantes Geschäft. Wenn ein Private-Venture-Investor zehn riskante Wetten eingeht und eine geht auf, dann ist es okay. Wenn der Staat das Gleiche macht, reden alle über die neun Misserfolge. Man kann Fehlschläge aber nicht vermeiden. Auch hier können wir viel von China lernen.

Und zwar was?

China hat nie nur eine oder zwei Firmen ausgesucht und mit Förderungen überschüttet. Peking gibt generöse Subventionen an alle Unternehmen in einer Branche und lässt dann in einem harten Wettbewerb entscheiden, wer von den Firmen als Stärkster überlebt. Nicht die Politik wählt den Sieger in China, sondern der Markt.

Donald Trump versteht Industriepolitik offenbar stark als Abschottung des Heimmarkts gegenüber dem Rest der Welt. Sind Zölle ein probates Mittel, um die eigene Industrie zu stützen?

Man kann Industriepolitik gut machen oder schlecht. Was die USA machen, ist in meinen Augen sehr schlecht. Auch die europäischen Zölle gegen chinesische Elektroautos senden die falschen Signale. Sie sagen: Ändere nichts, du kannst deine Verbrenner noch ewig in Europa verkaufen. Aber das führt die Industrie in den Untergang. Gleichzeitig sind vielen Ländern, die bessere Industriepolitik machen wollen, die Hände gebunden.

Warum das?

Viele industriepolitische Maßnahmen verletzten WTO-Regeln, die für eine andere Ära geschrieben wurden. Manche Ökonomen glauben, dass die Länder mehr Freiheit haben sollten, selbst zu wählen, welche Wirtschaftspolitik sie verfolgen. Das muss kein Widerspruch zu einem regelbasierten Handelssystem sein, aber man müsste die Regeln rund um Subventionen neu denken. Im Moment ist das Problem, dass große Stakeholder, am offensichtlichsten die USA, kein Interesse daran zu haben scheinen, sich überhaupt an Regeln zu halten.

ZUR PERSON

Réka Juhász ist Professorin für Industriepolitik an der University of British Columbia in Kanada. Die Volkswirtin ist Mitgründerin der Industrial Policy Group, Beraterin der EU-Kommission und Trägerin des Bank of Canada Governor's Award. Die gebürtige Ungarin war auf Einladung der Schumpeter-Gesellschaft in Wien.